

26. März 1975

Tagung der Finanzminister Deutschlands, Oesterreichs und der Schweiz; Aussprache über den Beitritt der Schweiz zur Europäischen Währungsschlange

Finanz- und Zolldepartement. Antrag vom 25. März 1975  
(Beilage)

Gestützt auf die Ausführungen des Finanz- und Zolldepartements und aufgrund der Beratung hat der Bundesrat

b e s c h l o s s e n :

1. Vom Bericht des Finanz- und Zolldepartements wird Kenntnis genommen.
2. Die Schweizerische Nationalbank und das Finanz- und Zolldepartement werden beauftragt, das Problem einer Beteiligung der Schweiz am europäischen Währungsverbund in Zusammenarbeit mit dem Volkswirtschaftsdepartement und dem Politischen Departement weiter abzuklären.
3. Zu diesem Zwecke wird die Schweizerische Nationalbank ermächtigt, auf der Technischen Ebene die nötigen Vorgespräche mit den andern Notenbanken zu führen.

Protokollauszug an:

- FZD 24 (FV 9, WWD 10, SNB-ZH 5) zum Vollzug
- EPD 6 zur Kenntnis
- EVD 3 " "
- EFK 2 " "
- FinDel 2 " "

Für getreuen Auszug,  
der Protokollführer:

*Sawalli*

3003 Bern, den 25. März 1975

Nicht an die Presse

Ausgeteilt

An den B u n d e s r a t

Tagung der Finanzminister Deutschlands, Oesterreichs und der Schweiz; Aussprache über den Beitritt der Schweiz zur Europäischen Währungsschlange

---

Finanzministertreffen am 21./22. März 1975 in Wien

1. Die Schweizerische Delegation stand unter der Leitung von Herrn Bundesrat G.-A. Chevallaz und setzte sich aus den Herren Dir. Bieri, F. Landgraf und A. Peter (Finanzverwaltung), Dr. H. Kneubühler (Del. f. Konj. EVD) sowie Stellv.Generaldirektor J. Lademann (SNB- Zürich) zusammen. Der deutsche Finanzminister Apel war begleitet von hohen Beauftragten des Bonner Finanzministeriums. Der oesterreichische Gastgeber, Finanzminister H. Androsch, stand an der Spitze einer grösseren Delegation von Beamten seines Ministeriums, der Oesterreichischen Bundesbank und des Oesterreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung.

Vorgängig der Arbeitsgespräche hatte der oesterreichische Finanzminister die Delegationen zu einem informellen Nachtessen geladen, an dem Gelegenheit geboten war, in kleinem Kreis ausgiebig wirtschafts- und währungspolitische Probleme zu erörtern.

Als Hauptthemen der Tagung schälten sich einerseits die internationale Wirtschaftssituation aus dem Blickwinkel der drei

Länder und die Währungspolitik, insbesondere die Frage eines eventuellen Beitritts der Schweiz zur kleinen europäischen Währungsschlange, heraus.

## 2. Konjunkturentwicklung

Finanzminister Apel gab eine optimistische Analyse der deutschen Wirtschaftslage. Zwar ist das Konjunkturbild uneinheitlich, aber die Ueberwindung der Rezession scheint festzustehen. Wohl geht die Produktion noch zurück und die Arbeitslosigkeit steigt, hat aber ihren Höhepunkt wahrscheinlich erreicht. Diejenigen Branchen, in denen sich der Einbruch zeigte, weisen seit kurzem steigende Bestellungen auf, so in der Automobilindustrie (Zunahme der Bestellungen und Neuzulassungen) in der Textilindustrie, insbesondere Bekleidung (Lager weitgehend geräumt) und im Wohnungsbau (die Hypothekennachfrage wächst wieder nach dem Zinsrückgang). Der Aufschwung wird von der Binnennachfrage getragen. Die befristeten Steueranreize (Investitionsbeiträge und Abschreibungserhöhungen) wirken. Ein gewisser Attentismus ist bei der Industrie vorhanden. Die Ausrüstungsinvestitionen nehmen nicht wie erwartet zu. Der Finanzminister glaubt indessen sicher, dass der Investitionsstoss im Mai und Juni kommen wird, da die Investitionslage auf Bestellungen, die vor Ende Juni 1975 aufgegeben wurden, beschränkt ist.

In der Bundesrepublik ist ein harter Machtkampf zwischen zwei politischen Koalitionen (SPD/FDP - CDU/CSU) im Gange, die die Wirtschaftspolitik stark beeinflusst. Der Kampf gegen die Inflation muss erfolgreich weitergeführt werden; es geht dabei um das Vertrauen der Bürger in die Wirtschaftspolitik. Die Opposition hilft nicht mit bei der Ueberwindung der konjunkturellen Schwierigkeiten. Eine Vertrauenskrise würde ausgelöst, wenn die Teuerung wieder anstiege. Diese würde die Konsumneigung dämpfen, weil die privaten Haushalte mit Wohlstandseinbussen rechnen und mehr sparen, sodass die heute angestrebte Belebung der Binnennachfrage nicht zustande käme und die In-

- 3 -

vestitionsneigung der Unternehmer gedämpft würde. In diesem Zusammenhang sind die Tarifabschlüsse in der Maschinen- und Metallindustrie bemerkenswert, die statt der geforderten 10 % nur rund 5 % Lohnerhöhungen brachten, die von den Gewerkschaften akzeptiert wurden.

Apel sieht heute das Hauptproblem nicht mehr im Wiederaufschwung. Auf keinen Fall werden neue Ankurbelungsmassnahmen getroffen. Vielmehr müsse man darauf achten, keine neue Teuerung auszulösen. Das Budget müsse 1976 restriktiv sein. Entsprechende Richtlinien zur Einschränkung der Defizitfinanzierung im nächsten Jahr werden zur Zeit vorbereitet.

Oesterreich ist bisher nur abgeschwächt von der weltweiten Rezession berührt worden. Immerhin ist im letzten Quartal 1974 (wie in der Schweiz) eine fühlbare Abschwächung der Auslandsnachfrage eingetreten (Zusammenbruch des Holzbooms, Rindfleischimportsperrre der EG, Abbau der Fabrikatelager der ausländischen Importeure von Stahl, Textilien, chemischen Produkten). Die Beschäftigungssituation ist aber mit einer Arbeitslosenquote von 1,85 % der Beschäftigten noch befriedigend.

Die hohen Preissteigerungsraten im letzten Jahr haben den realen Konsumzuwachs stark geschwächt; das ist hauptsächlich ein psychologisches Problem. Die Industrie hat Investitionspläne hinausgeschoben, Mittel- und Kleinbetriebe (vor allem im konsumnahen Bereich) sind investitionsunlustig. Hier spielt offensichtlich auch das hohe Zinsniveau eine Rolle.

Die Aussichten sind indessen nicht schlecht. Der Wirtschaftspolitik stellen sich nach Finanzminister Androsch drei Hauptaufgaben:

- Ankurbelung des privaten Konsums und der Investitionen. Dafür hat man Steuersenkungen gemacht. Das hohe Budgetdefizit erlaubt aber keine Zinssenkung. Der Eventualhaushalt mit sektoral einsetzbaren Investitionsplänen von 3 Milliarden Schilling (rund 500 Millionen Franken) ist einsatzbereit.

- Wichtig ist, vom hohen Preissockel herunter zu kommen, was namentlich durch Einkommenspolitik angestrebt wird. Zuerst muss der starke "wage-drift" \*) gebremst werden. Die grosse Teuerung im Februar war zum grossen Teil auf den Nachholbedarf bei den öffentlichen Tarifen zurückzuführen. Auf der Grosshandelsstufe ist eine deutliche Preisberuhigung festzustellen. Sie wird auch auf die Konsumentenpreise durchschlagen.
- Mittelfristig wird eine Verringerung der Energiezuwachsraten in Angriff genommen. Das setzt aber namhafte zusätzliche Investitionen der öffentlichen Hand und der Privatwirtschaft voraus.

Ein reales Wachstum des Sozialproduktes von 2 1/2 - 3 % 1975/76 liegt im Bereich des Möglichen, insbesondere da der Fremdenverkehr sich überraschend gut entwickelt und die Nachfrage aus Deutschland wieder zunimmt. Allenfalls könnte der Exportindustrie durch Zinsverbilligung auf Exportkrediten gezielt geholfen werden.

In den informellen Gesprächen kam auch die stark gestiegene Kreditaufnahme von öffentlichen Körperschaften aus Oesterreich bei Schweizer Banken und die Intervention der Schweizerischen Nationalbank zur Sprache. Diese überschreiten das durch die Forderung nach Risikostreuung gegebene Mass. Die oesterreichischen Behörden (Finanzministerium und Nationalbank) sicherten eine bessere Kontrolle und gleichmässigeren Verteilung der Kapitalaufnahme zu.

Der Unterzeichnende und die Schweizerische Delegation äusserten sich zur schweizerischen Konjunkturlage und insbesondere zu den speziellen Problemen unserer Exportindustrie, die sektoriell durch den hohen Aufwertungssatz des Frankens gegenüber dem Dollar aber auch gegenüber den Währungen unserer wichtigsten Handelspartner und Konkurrenten entstanden.

\*) Tendenz, über die in Tarifverträgen vereinbarten Lohnansätze hinauszugehen.

Hinsichtlich der Weltkonjunktur gab sich Finanzminister Apel recht optimistisch. Der Wiederaufschwung wird noch im laufenden Jahr einsetzen. Ob dies auch in den USA der Fall sein werde, sei noch offen. An Finanzministerkonferenz der OECD am 9. April in Paris soll das Problem der Ankurbelung der amerikanischen Wirtschaft nochmals besprochen werden. Eine Belebung in den USA ist wichtig wegen der Signalwirkung. Gleichzeitig ist aber auch ein Erfolg der Stabilisierungspolitik in allen Ländern (namentlich Grossbritannien, Frankreich und Italien) unerlässlich. Eine unkontrollierte Expansion, gepaart mit Inflation, könnte die Weltwirtschaft in eine ausserordentlich gefährliche Situation bringen. Gewisse Fragezeichen sind angebracht hinsichtlich der Konjunktur in Grossbritannien und Italien, wobei sich bei letzterem die Situation deutlich verbessere. Nach Apel werde in Grossbritannien das Referendum betreffend EG sicher positiv ausgehen. Finanzminister Androsch ist weniger optimistisch hinsichtlich der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung in den USA.

### 3. Währungsprobleme

Von seiten Deutschland und Oesterreichs wurde betont, dass die Dollarkursentwicklung bisher keine unüberwindlichen Hindernisse geschaffen habe.

Die europäische Währungsschlange habe sich (nach Apel) als Stabilitätsinsel gut bewährt. Bemerkenswert sei das hohe Mass gegenseitigen Vertrauens, das sich zwischen den Finanzministern und Notenbankleitern der am Währungsverbund teilnehmenden sieben Ländern herausgebildet habe. Dies bilde die Voraussetzung für eine längerfristige Währungsstabilisierung. Trotz den unterschiedlichen Inflationsraten der einzelnen Länder seien keine Kursverzerrungen eingetreten.

Finanzminister Androsch schilderte den Kontakt mit den Finanzministern der "Schlange" und den Notenbanken als rege aber ungenügend (weil Oesterreich nicht vollassoziiertes Mitglied im Währungsverbund ist). Auch in der BIZ sei dieses Problem für

Oesterreich unbefriedigend gelöst. Die Mitwirkung der drei Neutralen (Oesterreich, Schweden, Schweiz) am Fonds für finan-  
ziellem Beistand der OECD stellt einen wichtigen politischen  
Aspekt dar.

Zu reger Diskussion führte die Frage eines eventuellen Bei-  
tritts der Schweiz zur europäischen Währungsschlange.

Die Schweizerische Delegation erläuterte die Währungssitua-  
tion der Schweiz und die sich aus der Ueberbewertung des  
Frankens ergebenden besonderem wirtschaftlichen Probleme. Die  
Aufwertung gegenüber dem Dollar und den andern Währungen sei  
nicht durch die Ertragsbilanz gerechtfertigt. Abwehrmassnahmen  
gegen den Zufluss von Auslandgeldern wurden getroffen. Die  
Notenbank intervenierte ohne nachhaltigen Erfolg. Es liegt  
nahe, die Stabilisierung des Frankens gegenüber einigen Wäh-  
rungen zu prüfen. Herr Bundesrat Chevallaz unterstrich, dass  
die Beteiligung der Schweiz am europäischen Währungsverbund  
von den politischen Behörden und von der Notenbank ernsthaft  
untersucht werde, dass aber noch kein Entscheid gefallen sei.

Finanzminister Apel erklärte mit Nachdruck, dass das Problem  
der Mitwirkung der Schweiz an der Währungsschlange nicht ein  
technisches sei, sondern hauptsächlich ein politisches und  
deshalb von den Regierungen und nicht von den Notenbanken  
allein gelöst werden müsse. Die Finanzminister haben in  
Brüssel grundsätzlich einer Teilnahme der Schweiz zugestimmt,  
man habe auch beschlossen, die Frage nicht mehr öffentlich  
zu behandeln, um die Währungsspekulation nicht zu ermutigen.  
Deshalb könne man die Frage auch nicht im Raume stehen lassen;  
ohne Hast, aber speditiv müsse entschieden werden. Der Ball  
sei der Schweiz zugespielt.

Die Finanzminister hätten in Brüssel jede Ausweitung der  
Stabilität begrüsst. Nur durch allmähliche Beschränkung des  
Floatings komme man schrittweise zu geregelteren Währungs-  
verhältnissen.

Die Schweiz könnte einerseits durch Absprachen und Abkommen mit den Notenbanken (wie Schweden und Norwegen) am Währungsverbund teilnehmen, womit sie sich zu gegenseitigen Interventionen zur Kursstabilisierung innerhalb einer Bandbreite von  $2 \frac{1}{4} \%$  verpflichtet. Andererseits könnte sie unilateral (wie Oesterreich) ihren Wechselkurs an der Schlange orientieren mit grösseren Interventionsmargen.

Apel nannte drei Bedingungen für die Mitwirkung der Schweiz, die sich aus den Brüsseler Diskussionen ergaben:

- Realistischer Eintrittskurs in die Schlange, d.h. ein Marktkurs des Frankens, der lange Zeit gehalten werden könne;
- die Teilnahme der Schweiz müsse von Dauer sein;
- bessere Kapitalverkehrskontrollen.

Die letzte Bedingung stamme nicht von Deutschland (sondern Belgien). Je realistischer der Eintrittskurs sei, desto weniger Kontrollen seien nötig. Apel gab klar zu verstehen, dass er einer Devisenkontrolle (oder Beschränkung des Zahlungsverkehrs mit dem Ausland) nicht zustimme.

Nicht zu übersehen ist das politische Problem, das sich aus einem möglichen Wiedereintritt Frankreichs in die Schlange ergibt und dem die Finanzminister Rechnung tragen müssen: Der Schweizerfranken würde die Schlange wahrscheinlich tendenziell nach oben drücken; daraus ergäben sich Spannungen zum französischen Franc aber auch zugewissen andern schwachen Währungen. Um diesen Spannungen vorzubeugen, wäre ebenfalls ein hoher Eintrittskurs für den Franken zu fordern.

Androsch seinerseits erklärte, dass Oesterreich zumindest gegenwärtig keine Teilnahme an der Schlange in Aussicht nehme. Die seinerzeitigen Gründe für eine autonome Lösung (Neutralität, Interventionsmechanismus und Saldenausgleich) hätten nach wie vor Gültigkeit.

Gestützt auf die vorstehenden Ausführungen

b e a n t r a g e n

wir Ihnen,

1. vom vorliegenden Bericht Kenntnis zu nehmen,
2. die Schweizerische Nationalbank und das EFZD zu beauftragen, das Problem einer Beteiligung der Schweiz am europäischen Währungsverbund in Zusammenarbeit mit dem EVD und EPD weiter abzuklären.

*Vorsichtig*

EIDG. FINANZ- UND ZOLLDEPARTEMENT



G.-A. Chevallaz

Protokollauszug an:

- EFZD 20 (GS 9, WWD 10, SNB 5)
- EVD
- EPD